

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Telefon: 317 (1) Amt Dönhoff 292 848 297
Telegrammbezeichnung: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT

In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts..... 10 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
siehe Morgenausgabe

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Hitler nicht!

Er soll bis nachmittag eine arbeitsfähige Reichstagsmehrheit schaffen!

Der Reichspräsident hat Hitler erfuht, festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen eine von ihm geführte Regierung eine sichere, arbeitsfähige Mehrheit mit einheitlichem Arbeitsprogramm finden würde. Hitler will heute nachmittag antworten. Die Antwort kann nicht anders als negativ ausfallen.

Das Ersuchen des Reichspräsidenten ist noch keine Beauftragung. Den Auftrag, eine Regierung zu bilden, würde Hindenburg erst erteilen, wenn Hitler erklären könnte, er sei imstande, die Bedingungen des Reichspräsidenten zu erfüllen. Das wird er aber bis heute nachmittag nicht können — wenn nicht ein Wunder geschieht.

Die Verhandlungen, die gestern zwischen Zentrum und Nationalsozialisten geführt wurden, können schon deshalb kaum ein abschließendes günstiges Ergebnis gehabt haben, weil weder Hitler noch Raas, noch Brüning an ihnen direkt beteiligt waren. Aber auch wenn zwischen Nazis und Zentrum alles in bester Ordnung wäre, gäbe das noch nicht die „sichere arbeitsfähige Mehrheit mit einheitlichem Arbeitsprogramm“, die Hindenburg verlangt. Zu ihr gehören noch entweder die Deutschnationalen, die eine parlamentarische Mehrheitsbildung überhaupt nicht wollen, oder die Splittlergruppen, mit denen noch nicht verhandelt worden ist.

Hindenburgs Ersuchen an Hitler ist formal korrekt. Hitler ist Führer der größten Partei. Der Reichspräsident ist bereit, ihn mit der Bildung der Regierung zu beauftragen, wenn er zuvor durch Verhandlungen mit anderen Parteien eine sichere Mehrheit schaffen kann. Das ist ganz im Sinne des parlamentarischen Systems. Es bleibt die Frage, was Hindenburg tun wird, wenn ihm Hitler heute nachmittag mitteilt, daß er „eine sichere, arbeitsfähige Mehrheit mit einheitlichem Arbeitsprogramm“ nicht garantieren kann.

Es scheint, daß die deutschnationale Umgebung des Reichspräsidenten nur deshalb zu dieser Verbeugung vor dem parlamentarischen System geraten hat, weil sich nach ihr die Rückkehr zur sogenannten „autoritären Staatsführung“ um so bequemer vollziehen läßt. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird von morgen in zwei Wochen vor dem Reichstag ein Beauftragter des Reichspräsidenten stehen, der von keiner Mehrheit gestützt wird. Das bedeutet Fortsetzung der Staatskrise bis zu einem ungewissen Ausgang.

Adolf, der Ehrenbürger Gefälschte Ehrenbriefe

Frankfurt, 21. November.

Während Hitler noch auf ungeahnten Höhen wandelt, werden wieder peinlich lustige Dinge über ihn und seinen Herrhaufen bekannt. Kurz vor den Reichstagswahlen gastierte der Därf im Zirkus in Limburg. 16 Ehrenbürgerbriefe von ebenso vielen Gemeinden des Untertaunusstreifens wurden ihm teierlich durch den dortigen Naziführer vom Rothen, der als Beruf „Psychologe“ angibt, überreicht. Die behördliche Nachprüfung der Beschlüsse der Gemeindevertretungen hat das seltsame Ergebnis gezeitigt, daß in sechs von jenen sechzehn Gemeinden Bürgermeister und Gemeindevertreter von einem Ehrenbürgerbrief keine Kenntnis hatten! In den übrigen Gemeinden ist die Nachprüfung noch im Gange. Jener Herr vom Rothen ist übrigens inzwischen von Hitler nach Kärnten abgeschoben worden.

Zwischen Zuchthaus und Reichskanzlei

Hitlers Gehilfe als Verbrecher abgeurteilt — Adolf verhandelt um „nationale Konzentration“

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Hamburg, 21. November.

In dem großen Prozeß gegen die schleswig-holsteinischen Bombenattentäter, in dem 40 SS-Leute und Führer der 4. Standarte und der Reichstagsabgeordnete Moder angeklagt waren, wurde heute vormittag von dem Vorsitzenden des Altonaer Sondergerichts das Urteil verkündet. Das Gerichtsgebäude war durch ein starkes Polizeiaufgebot gesichert und die Waule der Angeklagten waren ebenfalls von einer Kette von Schutzpolizisten umgeben. Unter größter Spannung gab das Gericht das Urteil bekannt. Es wurden verurteilt: der Standartenführer und Reichstagsabgeordnete Moder, der Sturmführer Grezesch und Strahmann wegen Verbrechens gegen § 6 des Sprengstoffgesetzes und bei den beiden letzteren in Tateinheit mit Verbrechen gegen § 5 des Sprengstoffgesetzes Moder zu 6 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, Grezesch zu 6 Jahren Zuchthaus, Strahmann zu 5 Jahren Zuchthaus, der Sturmführer Plahn wegen Verbrechens gegen §§ 5 und 7 des Sprengstoffgesetzes zu einer Gesamtstrafe von 5 Jahren 6 Monaten Zuchthaus. Acht Angeklagte erhielten je 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, acht Angeklagte erhielten wegen Vergehens gegen § 13 des Sprengstoffgesetzes und wegen Begünstigung insgesamt 36 Monate Gefängnis.

13 Angeklagte wurden freigesprochen, teils aus Mangel an Beweisen, teils weil das Gericht eine Nichtbeteiligung an den Verbrechen für erwiesen erachtete. Gegen sieben Angeklagte, die zu der Verhandlung nicht erschienen waren, wurde das Verfahren abgetrennt.

Die hier wegen Sprengstoffverbrechen mitverurteilten Moder und Grezesch sind inzwischen zu Reichstagsabgeordneten auf

der Naziliste avanciert. Sie sollen, wenn man sie freiläßt, dazu beitragen, daß die „nationale Konzentration“ unter Hitlers Führung eine parlamentarische Basis erhält. Wir gratulieren dem Zentrum zu solchen Bundesgenossen und bedauern die Nation, die solche Vurschen als Abgeordnete anerkennen muß!

Ruhhandel

Adolf bei Hindenburg

Heute vormittag hat Adolf Hitler sich zur Fortsetzung der Aussprache über die Regierungsbildung um 10.30 Uhr zum Reichspräsidenten begeben, um 10.50 Uhr verließ er mit seinen Trabanten Frick und Göring die Reichskanzlei wieder, um sich in seine Salons im Kaiserhof zurückzuziehen. Die Unterredung Hitler-Hindenburg hat eine Viertelstunde gedauert.

Ueber diese Besprechung wird folgende amtliche Mitteilung herausgegeben:

„Nachdem der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei dem Herrn Reichspräsidenten mit aller Bestimmtheit erklärt hat, daß seine Partei in einer von ihm geführten Regierung mitarbeiten könne, hat der Reichspräsident Herrn Hitler, den Führer der stärksten Partei des Reichstages ersucht, festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen eine von ihm geführte Regierung eine sichere, arbeitsfähige Mehrheit mit einheitlichem Arbeitsprogramm im Reichstag finden würde. Hitler erklärte, seine Antwort auf dieses Ersuchen dem Reichspräsidenten heute nachmittag schriftlich zu übermitteln.“

Hugenberg zielt sich

Die deutschnationale Parteileitung hat von dem heutigen Besuch Hitlers bei Hindenburg augenscheinlich schon gewußt, noch bevor Hitler in den Besitz einer entsprechenden Einladung gelangt war. Die Kenntnis der internen Vorgänge vom gestrigen Tage um den Reichspräsidenten ist zweifellos auch die Ursache, daß Hugenberg eine Einladung des nationalsozialistischen Reichstagspräsidenten Göring zu einer Besprechung über die Neubildung der Regierung ab-

gelehnt hat. Hugenberg ließ zwar erklären, daß er Hitler jederzeit zu einer Besprechung zur Verfügung stehe. Aber da er wußte, daß nicht Hitler, sondern Göring auch am Sonntag mit dem Zentrum verhandelt hat und Hitler ebenfalls zunächst nicht mit ihm verhandeln würde, konnte er die Einladung Görings unter einem Vorwand ablehnen. Die Ablehnung erfolgte, weil Hugenberg genau wußte, was zu der gleichen Zeit um den Reichspräsidenten vorging, nämlich, daß ein neuer Empfang Hitlers bei Hindenburg bevorstand und weil ihm zugleich auch der Zweck dieser Unterredung bekannt war.

Die am Sonntag offiziell eingeleiteten Verhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum haben die Deutschnationalen und den Stahlhelm auf den Plan gerufen und Proteste beim Reichspräsidenten gegen einen eventuellen „Rückfall in das parlamentarische System“ veranlaßt. Hugenberg befürchtet, bei dem Versuch einer parlamentarischen Mehrheitsbildung zwischen Zentrum und Nationalsozialisten ausschaltet zu werden. Aus diesem Grunde haben deutschnationale Persönlichkeiten am Sonntag alles versucht, um dem Reichspräsidenten nochmals die unbedingte Notwendigkeit eines Präsidialkabinetts einzureden. Dieses Kabinetts kann nach deutschnationaler Meinung zwar eine parlamentarische Mehrheit haben, aber es soll in personellen Beziehungen von den Parteien völlig unabhängig sein. Auf diese Weise hofft man vor allem die reaktionäre Tendenz der Deutschnationalen auch in der neuen Regierung sichern zu können.

Bis Sonntagabend lag eine Kandidatur Hitlers für die Reichskanzlerschaft durchaus im Bereich der Wahrscheinlichkeit. Das Zentrum ist bereit, sich mit einer derartigen Kandidatur abzufinden, soweit der Reichspräsident damit einverstanden ist. Borerst bleibt abzuwarten, wie sich Nationalsozialisten und Zentrum zu dem deutschnationalen Intrigenspiel stellen. An ihrer Entschlossenheit, für den Fall, daß die Deutschnationalen sich einer Mitarbeit verjagen, dem Reichspräsidenten die Bildung einer Regierung ohne Hugenberg vorzuschlagen, ist kaum zu zweifeln.

In den Mittagestunden haben sich mehrere hundert kommandierte SA-Leute auf dem Platz vor dem Kaiserhof versammelt, die nationalsozialistische Lieder singen und auf Hitler Heilrufe ausbringen.

Der Verkehr stockt. Die Polizei hat die unmittelbaren Zugänge zum Kaiserhof abgeriegelt, verhält sich übrigens vollkommen passiv. Das Bannmeilengesetz ist faktisch zugunsten Hitlers und seiner SA außer Kraft gesetzt.

Den Opfern des Weltkrieges



Im Reichstag fand eine Gedenkfeier für die Gefallenen des Weltkrieges statt, die vom Reichsbund der Kriegsbekämpften, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen veranstaltet wurde. Bundesvorsitzender Pjandner hielt die Gedenkreden.

Auflage nach zwei Monaten!

Die Pressedikatur der geschäftsführenden Kommissare

Herr Bracht hat uns am Sonnabend eine Auflagenachricht zugehen lassen, die wir auf Grund der Notverordnung vom 14. Juni 1932 abdrucken mußten.

Herr Bracht ist der Preußentkommissar des geschäftsführenden Reichskanzlers von Papen. Der Chef des Herrn Bracht ist in Demission. Er ist politisch erledigt, nur noch der Platzhalter für seinen Nachfolger. Herr Bracht aber fühlte sich gedrängt zu beweisen, daß er noch da ist. Deshalb die Auflagenachricht! Und was für eine Auflagenachricht!

Mehr als zwei Monate sind verstrichen, seit der „Vorwärts“ als Erwiderung auf eine Auflagenachricht des Herrn Bracht die Ausführungen von Rechtsanwalt Braun über das Ohlauer Urteil abdruckte. Noch mehr als zwei Monaten entschließt sich die kommunistische Diktatur in Preußen, dagegen zu diskutieren, und zwar mit Hilfe einer Auflagenachricht!

Nicht nur politisch, auch rechtlich stellt diese

Auflagenachricht eine nicht gerechtfertigte Schmäherung dar! Am 9. August fällt der 4. Strafsenat des Reichsgerichts eine Entscheidung über das Verbot des „Wahren Jakob“, in der es heißt:

„Die Beschwerdeführerin ist der Meinung, daß der Polizeipräsident sein Verbotrecht verwirkt habe, da das Verbot erst 14 Tage nach der gemäß § 9 Pressegesetzes bei der Druckerschriftenstelle des Polizeipräsidenten erfolgten Einreichung der Nr. 17 verfügt sei. Der Einwand ist ansich beachtlich, obwohl die Verordnung vom 14. Juni 1932 ebenfalls, wie ihre Vorgängerin eine Frist bestimmt, innerhalb deren ein Verbot ausgesprochen werden muß. Aus den sonstigen Fristen der Vo. und dem Zweck des durch die Vo. vorgesehenen Verbots periodischer Druckschriften überhaupt ergibt sich indessen, daß ein solches Verbot nicht beliebig hinausgeschoben werden kann. Das zeigen einmal die in den §§ 7

Redaktion hinter Gittern

Bei den Kollegen von Plötzensee / Von Egon Larsen

Ein Torgebäude von traurigem Rot. Daneben das flache Dach der Pförtnerwohnung, auf dem späte Glascherben wuchern, umsäumt von Stachelndraht.

Bimbin schneppert die Glocke. Ein Auge mißt den Besucher durch das eng vergitterte Guckloch. Ein Schloß knackt. Ich darf eintreten. „Zu Herrn Oberlehrer Knidenberg.“

Hinter mir fällt die schwere Tür ins Schloß. Zweimal dreht der Pförtner den Schlüssel herum, zwei Riegel werden vorgehoben. Ich bin innerhalb der Gefängnismauern von Plötzensee.

Oberlehrer Knidenberg holt mich aus dem Wartezimmer. Griffbereit hält er den Universalschlüssel in der Hand, der alle Gitter und Tore öffnet.

Immer tiefer wandern wir hinein in den verzweigten Bau, vorbei an endlosen Reihen von Türen mit Riegeln und Vorhängeschloßern. „Der Leuchtturm“ steht an einer davon. Mein Führer schließt auf.

*

Modernes Zimmer in bunten Farben. Regale mit Zeitungen und Manuskripten. Zwei winzige Fenster mit schweren gekreuzten Eisenriegeln.

Das ist die Chefredaktion des „Leuchtturm“, vor einem Dreiecksjahr hierher und in die Hände des Oberlehrers Knidenberg verlegt. Die sieben ersten Jahre ihres Bestehens erschien diese größte deutsche Gefangenzeitung im schlesischen Zuchthaus Böhlow als zweifachfarbiges, farbloses, harmlos-altersmäßig aufgemachtes Blättchen. Der Klimawechsel hat Wunder gewirkt. „Der Leuchtturm“, das ist jetzt eine interessante, bunte, aktuelle Zeitung geworden, nicht weniger lesenswert als andere Blätter, die jenseits der roten Mauern erscheinen.

Sie ist nicht konkurrenzlos. Kleinere Gefangenzeitungen gibt es in Bayern und in Baden. „Der Leuchtturm“ erscheint für Preußen. Aber hier und dort hat er, mit seiner Auflage von zwölftausend Exemplaren, schon die Reichsgrenzen überschritten. „In Sugrimburg“, erzählt Herr Knidenberg, „haben wir zum Beispiel acht treue Leser“.

*

Vor mir, auf dem Schreibtisch des Chefredakteurs, liegen die letzten Nummern des „Leuchtturm“. Sechs große Seiten auf gutem Papier, mit vielen Photos und Zeichnungen illustriert. „Ersteinst jeden Sonntag. Bezugspreis monatlich 15 Pf.“ Also wohl die billigste Zeitung des Reiches. Und nicht nur dies; es ist ein Blatt ohne ein einziges Inserat. Denn hier ist Leser nicht gleich Käufer. Trotzdem arbeitet der „Leuchtturm“ mit einem kleinen Uberschuß. Ein Wirtschaftswunder? Nein; denn dieser Verlag zahlt ja nur minimale Arbeitslöhne und Honorare, auch an jene Autoren, die ihre Feder für den Freiheit führen. Weil kein Auftrag für andere Zeitungen an Wert verliert, wenn er im „Leuchtturm“ erscheint: kein Exemplar dieses Blattes ist außerhalb der Gefängnismauern zu finden. Langjährige Leser bitten vergeblich, ihnen die Zeitung nach der Entlassung weiterzuliefern. Es darf nicht sein. Die Existenz des „Leuchtturm“ wäre gefährdet in dem Augenblick, da er die freie Konkurrenz aufnehmen würde.

Für den Menschen hinter Gittern spielt die Gefangenzeitung eine besondere, unvorstellbar wichtige Rolle. Sie ist kein Symbol weltfremder Humanitätsduldsel, leit es zur Selbstverständlichkeit geworden ist, dem Straffälligen die Rückkehr in die Gesellschaft zur Pflicht zu machen. „Wir können doch die Menschen nicht genau so wieder gehen lassen, wie sie zu uns kommen“, sagt Herr Knidenberg. „Sonst gewöhnen sie sich zu langsam und zu langsam wieder ein. Sie müssen auf dem laufenden bleiben, was draußen an wichtigen Dingen vorgeht; sie müssen über einschneidende Veränderungen auf allen Lebensgebieten informiert werden; sie müssen neue Interessen, ein weiteres Blickfeld bekommen; und sie müssen ganz unmerklich ethisch beeinflusst werden.“

Der Gefangene, der die „Eingangstrafe“ hinter sich hat, der in die zweite und dritte Stufe des Strafvollzugs aufrückt, darf sich jede beliebige Zeitung halten. Aber für eine Tageszeitung genügt der kleine Lohn nicht, den er für seine Arbeit im Gefängnis und Zuchthaus erhält und von dem zudem noch die Hälfte zurückbehalten und auf ein Sparkonto gelegt wird. Dazu kommt die Krise. Die Gefangenenarbeit wird immer härter abgedrosselt; sie soll dem freien Handwerker und Arbeiter keine Konkurrenz machen. Aber für den „Leuchtturm“ reicht es immer noch. Tausende vertreiben sich für ein Abonnement die zulässig bewilligte Marmelade, ja sogar die geliebte Zigarette, die sie in den oberen Stufen rauchen dürfen.

*

Jede Nummer steht unter einem Leitmotiv, meist an aktuelle Ereignisse angelehnt: „Kundtun einst und jetzt“, „Tonfilm regiert“, „Kafetenflug“, „Flugtechnik“, „Atomzertrümmerung“,

Welthandel in Rot“, „Goethe und die ganze Welt“, „Wunder der Technik“, „Forschergeist durchdringt das Weltall“. Der Hauptartikel und die besonders reich illustrierte dritte Seite stehen unter solch einem Motto.

Die aktuelle Politik erscheint in einer Fülle von Meldungen und Photos. Hier leistet der „Leuchtturm“ Vorbildliches an Ueberparteilichkeit. Unverzerrt werden, neben den amtlichen Vertauhaltungen, unter den Rubriken „Innenpolitik“, „Außenpolitik“ und „Wochenüberblick“ die tatsächlichen Geschehnisse wiedergegeben. Jede eigene Stellungnahme muß natürlich unterbleiben.

Herr Knidenberg hat nicht vergessen, daß er auch für Frauen schreibt. Eine besondere Rubrik bringt Frauenfragen: weibliche Berufe, Bismarckecke, aber auch Frauenforderungen an die Abrüstungskonferenz. Ausgedehnt ist die Käsefeste: Preisrästel, Kreuzworträstel, Schachaufgaben. Die Spalte „Wissenswertes für viele“ will auf die Zukunft vorbereiten. Siedlungsfragen, Auswanderungsmöglichkeiten, Gesetzesänderungen werden besprochen. Natürlich gibt es einen umfangreichen Sportteil mit den letzten Resultaten: es gibt eine „Lachete“ mit Wigen und einen Fortleitungsroman. „Ich habe im vergangenen Monat zwei Dugend Romane durchgesehen“, sagt Herr Knidenberg, „aber keiner ist zu verwenden. Ich muß die Kritik aus dem Spiel lassen. So bringe ich Tiergeschichten oder Entdeckungsreisen.“

*

Der Leser wird oft zum Mitarbeiter. „Welche Nummern bereiten Sie vor?“ wird dauernd angeragt, „ich möchte einen Beitrag liefern.“ Autorenstolz gibt es nicht. Die Aufsätze werden

mit den Initialen gezeichnet: „I. V., z. Z. Rendsburg“ oder ein Pseudonym wird gewählt.

Eine der Rubriken heißt: „Kleine Nachrichtenlichkeiten.“ Es ist die Stelle, an der man versucht, den Leser moralisch zu fassen; Betrachtungen über allgemeine Lebensfragen; unaufrichtiges Hintertzen zum Weg des bürgerlichen Menschen. Seltener: gerade diese Rubrik wird am häufigsten von den Lesern selbst befüllt.

Im Briefkasten findet sich der Querschnitt durch den Interessentkreis der „Leuchtturm“-Abonnenten: juristische Fragen, sprachliche Probleme, geschichtliche Daten, Berufsaussichten, soziale Fragen. Einer will — vergeblich — die Regeln des Staatspiels wissen, ebenso interessiert ihn die Fortpflanzung der Kake. Viele Anfragen gelten der schlimmsten Rot des Verbrechens: „Erhalte ich einen Paß? Einen Führerschein? Bekomme ich Wohlfahrtsunterstützung?“ Im Briefkasten offenbart sich die schwierigste Aufgabe der Redaktion: alt und jung, klug und dumm, gehildet und primitiv im buntem Durcheinander ist dieses Leserpublikum. Aber es scheint zufrieden zu sein. Mancher Abonnent wird zum Enthusiasten. Er schneidet Bilder aus und dekoriert damit seine Zelle. Er steht täglich vor dem Neujahrsgeheimnis des „Leuchtturm“: dem Adreßkalender.

In der letzten „Mittertag“-Nummer finde ich ein Gedicht: langweilig, tief empfunden, rührend. Gezeichnet „B. B., z. Z. Plötzensee“. Dieser Mensch ist ein Mörder.

*

Im Trakt der Gemeinschaftszellen ist der Hauptraum der Redaktion untergebracht. Vier Tische,

Die Talsperre am Koloradofluß

Von Ingenieur Christoph Carlowitz

Auf seinem Laufe vom Kolorado-Plateau zum Golf von Kalifornien im Südwesten der Vereinigten Staaten hat sich der ungebürdige Koloradofluß streckenweise so tiefe Einschnitte im Kubitmeter Masse und höchsten Dichtigkeit und Festigkeit der Sperrmauer zu erzielen, soll der Beton verhältnismäßig trocken gemischt in Kernen zur Baustelle gebracht werden. Das Stiefverfahren kommt also nicht zur Anwendung. Da an der Baustelle im Sommer bis zu 49 Grad Celsius Wärme aufzutreten pflegen, so werden die frisch eingebrachten Mörtelmassen vom siebenten Tage ab gekühlt, um ein zu schnelles Austrocknen des Betons und damit die mit dem Schrumpfen verbundenen Gefahren zu bannen. In der Sperrmauer werden deshalb beim Bau weizöllige Kühlwasserköhlleitungen in 3 Meter Abstand voneinander verlegt, wozu 240 Kilometer Röhren erforderlich sind.

Unterhalb der Sperrmauer wird das Krafthaus mit U-förmigem Grundriß aus Stahl und Beton errichtet. In Maschinen kommen zur Aufstellung: zwölf Wasserturbinen von je 85 000 PS Leistung, zwölf Stromerzeuger von je 75 000 kVA und zwölf Erregermaschinenläge. Weiter sollen noch 36 Transformatoren von 25 000 kVA bei 222 000 Volt Oberspannung im Maschinenhaus Platz finden. Die Leistung des Kraftwerkes wird je nach dem vorhandenen Wasserstand des Stauees 1 bis 1,2 Millionen PS betragen. Die Druckrohrleitungen, in denen das Wasser den Turbinen im Maschinenhaus zugeführt wird, erhalten zum Teil über 9 Millimeter Durchmesser. Da sich die einzelnen Rohrschiffe ihrer riesigen Abmessungen wegen weder mit der Bahn noch mit anderen Fahrzeugen über weite Strecken befördern lassen, so wurde unweit der Baustelle eine Werkstätte errichtet, in der die Röhre hergestellt werden. Auf Schienenfahrzeugen werden die einzelnen Rohrschiffe bis zum Rande der Schlucht gefahren, wo sie von einem über die Schlucht gespannten Rabelkran mit 365 Meter Spannweite und rund 120 Tonnen Auflast aufgehoben und in die Schlucht hinabgelassen werden. An einigen Stellen müssen die Röhre bis zu 184 Meter tief hinabgelassen werden.

Da außer der Millionenstadt Los Angeles auch noch einige benachbarte Städte ihr Trinkwasser aus dem Stauee beziehen sollen, so muß eine etwa 400 Kilometer lange Wasserleitung gebaut werden. Der dazwischen liegenden Berge wegen muß die Wasser-

leitung einen Höhenunterschied von etwa 480 Meter überwinden. Aus dem Stauee am Hoover-Damm wird das Wasser zunächst um 90 Meter gehoben und in ein zweites Becken gepumpt. Dann muß es abermals um weitere 90 Meter gehoben und in ein drittes Becken gepumpt werden. Diese beiden Hebestellen liegen auf den ersten 8 Kilometern der Strecke. Dann folgt beim Kilometer 112 eine dritte Hebestelle mit 42 Meter Höhenunterschied, beim Kilometer 176 eine vierte Hebestelle mit 35 Meter und beim Kilometer 192 eine fünfte Hebestelle mit 87 Meter Höhenunterschied. Schließlich muß beim Kilometer 208 noch ein sechster Höhenunterschied von 140 Meter überwunden werden.

Der unterhalb des Baguenendamms vom Kolorado abzweigende Kanal, als All-America-Kanal bezeichnet, soll etwa 300 Kilometer lang werden. Bei 61 Meter Breite und 6,7 Meter Tiefe vermag er in einer Sekunde 425 Kubikmeter Wasser zu führen. Er soll den Kolorado mit dem Imperialtal in Südkalifornien und dem Stillen Ozean verbinden. Auf diese Weise erhalten die Siedler des Imperialtales das erforderliche Wasser, und gleichzeitig stellt der All-America-Kanal die lang ersehnte Verbindung zwischen dem Kolorado und der Ozeanfläche her. Der Kanal wird auch von großen Binnendampfern befahren werden können.

Da der Hoover-Damm an einer sehr abgelegenen Stelle errichtet wird, so waren umfangreiche Nebenarbeiten erforderlich, um die Anfuhr der Baumaterialien zu ermöglichen und die beim Bau beschäftigten Arbeiter in der Nähe der Baustelle unterzubringen. Eine neu verlegte, über 15 Kilometer lange Eisenbahnstrecke stellt die Verbindung zwischen der Baustelle und dem vorhandenen Verkehrsnetz her. Außerdem wurde auf der einen Seite des Flusses eine 11 Kilometer lange Baustraße von Boulder City aus und auf der anderen Talseite eine Staatsstraße angelegt. Sieben Kilometer von der Baustelle entfernt wurde an einer klimatisch günstigen Stelle eine neue Stadt errichtet, in der, da die Bauzeit rund 8 Jahre betragen soll, außer Vorrats- und Gesellschaftszwecken auch Grünflächen, Sportplätze, eine Kirche, Wasserleitung usw. vorgeesehen sind.

Auf Grund eines neu erlassenen Bundeswassergesetzes werden die 19 000 Millionen Kubikmeter Wasser, die der Kolorado im Jahresdurchschnitt zu Tal führt, in folgender Weise auf 7 Bundesstaaten verteilt: die vier oberen Staaten Utah, Wyoming, Kolorado und Neu-Mexiko können zusammen über 9 000 Millionen Kubikmeter, und die drei Anliegerstaaten Nevada, Kalifornien und Arizona ebenfalls über 9 000 Millionen Kubikmeter verfügen, während 1 000 Millionen Kubikmeter als Reserve verfügbarm gehalten werden.

